

Mehrtaer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Gratiseilagen:

Amfliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nedra a. N.

Ar. 59.

Nedra, Mittwoch, 26. Juli 1899.

12. Jahrgang.

Zur Lage in Spanien.

Die drohende Ministerkrise in Madrid scheint ja wirklich noch einmal vorüberzugehen und der Zweckpakt zwischen Regierung und Opposition wegen der Pläne des Finanzministers Billigende wird auf einige Monate vertagt werden. Kommt Zeit kommt Mann! Das ist der beste Ausspruch, die Königin ist nach San Sebastian gegangen, die Minister gehen auf Urlaub, die Cortesmittelbeur in ihre Sommerferien. Dann hat Spanien eine Zeitlang Ruhe und vielleicht kommt doch einem oder dem andern der Staatsmänner oder der Abgeordneten ein erleuchteter Gedanke, wie wenigstens den Streitigkeiten in der Kammer ein Ende zu setzen sei, die sich auf das Land ausdehnen und nur Unruhe in die ohnehin arg aufgeregte Bevölkerung bringen.

Uebrigens ist mit der Ruhe allein dem durchgehenden Reformen bedürftigen Lande nicht geholfen, auch nicht mit der Regelung des Staatsschuldenwesens. Die Finanz- und Steuerpläne, die damit zusammenhängenden unvermeidlichen Steuererhöhungen sind der armen Bevölkerung ein Kreuz, denn es läßt sich nicht leugnen, daß die finanzielle Lage Spaniens eine so bedenkliche Gestaltung angenommen hat, daß ein Zusammenbruch nur durch die größte Sparsamkeit, verbunden mit einer den dringenden Bedürfnissen angepaßten Verwaltung der Staatsausgaben verhindert werden kann. Es ist ja Geld ins Land gekommen: die 16 Millionen Marz für die Karolinen und Marianen, 20 Millionen Dollar für die Philippinen von Amerika. Aber dieses Geld reicht kaum hin, den Sold für die zurückgekehrten Soldaten zu zahlen, den man jahrelang rückfällig blieb. Spanien will die Großmachstellung weiter beibehalten und es sind für Heer und Marine abermals hohe Summen in den Etat eingestellt, anstatt jetzt an eine Herabminderung der Heereskräfte zu denken.

Es ist begreiflich, daß einer solchen Nation mit großer Vergangenheit ein solcher Entschluß außerordentlich schwer fallen muß; es ist aber auch nicht zu leugnen, daß die Ausgaben für Heer und Marine, wenn sie ein Volk erdrücken, ihm auch nicht mehr dienliche Kraft geben, um bereitwillig sie doch nur aufgewandt werden. Die Armeen und die Marine sind nur Ausdrücke der Volkstraft, und wenn diese erliegt, so wird auch eine künstlich erhaltene Armee kaum mehr von großem Vorteil sein, wie das ja Spanien auch in seinem letzten unheilvollen Krise erleben mußte. Weder Heer noch Flotte konnten, obgleich beide in erheblicher Stärke vorhanden waren, den Zusammenbruch aufhalten, und so kann man es schon verstehen, wenn heute eine Milderung den Satz vertritt, Spanien müsse erst im Innern wiedergeboren werden, ehe es an eine kühnere militärische Weltstellung denken könne.

Spanien ist heute wie vor vielen hundert Jahren ein von der Natur im höchsten Grade begünstigtes Land, das eine Menge von Schätzen birgt, die nur noch nicht gehoben sind. Der Reichtum an Metallen, heute schon eine große Quelle von Einnahmen, ist noch viel zu wenig nutzbar gemacht, ja zum großen Teile nicht einmal ausgebeutet und angegriffen, teils weil die Mittel dazu fehlten, teils weil man für thätigkeits wirtschaftliche Maßnahmen keinen rechten Sinn hatte und dem ausländischen Kapital Misstrauen entgegenbrachte. Wenn hier eingeleitet werden könnte, so wäre das beste Mittel, um eine nationale Wiedergeburt Spaniens einzuleiten, die auf Heer und Flotte verwandten, augenblicklich unproduktiven Ausgaben der Regierung des Landes zugewenden.

Es ist ein lauges Register, das die Liga der produzierenden Klassen Spaniens, die sich den Handelstammern in ihrem Kampf gegen die Pläne der Regierung angeschlossen hat, veröffentlicht. Sie umfaßt 120 wirtschaftliche Vereinigungen und macht folgende Vorschläge: Herabsetzung der Zölle in denselben Verhältnis wie der übrigen Staatshändler; Einschränkung der Staats bedienungen und die Hälfte; Wiedergewinnung neuer staatlicher Pensionen, dagegen Wiedereinstellung der alten Witwen-

und Waisenrenten: strengste Revision der bis jetzt gewährten Pensionen unter Herabsetzung ihrer Maximalgrenze auf 3000 Pesetas jährlich; Abschaffung aller Postämter im Auslande und deren Ersetzung durch diplomatische Vertretungen mittleren Ranges; Abschaffung des Justizministeriums und Uebertragung der Justizverwaltung an das Obergericht; Verminderung der Ausgaben für Kultus und Kunst auf 25 Mill.; Vereinerung des Marine- und Kriegsministeriums; Herabsetzung der Marine auf das unbedingt nötige Maß, um die Verbindungen mit den afrikanischen Besitzungen aufrecht zu erhalten; Verminderung der Heerespräsenzstärke auf 50000 Mann und des Offizierskorps auf 8000; Ueberweisung der überzähligen Offiziere in Zivilämter; Abschaffung aller Kriegsschulen bis auf eine; Zusammenlegung aller höheren Schulen; Herabsetzung des Gehalts der Beamten aller Ministerien um zwei Drittel und aller kantonalen Beamten, die mehr als 7500 Pesetas betragen. Was die Einnahmen anbelangt, so verlangt die Liga zum mindesten eine Erhöhung der Konsumsteuer, eine Vermehrung der den Verkehr hemmenden Transportsteuer und Beschneidung der geplanten Einkommensteuer einwirkeln auf die Rentenersteuer. Die auf diese Weise erlangten Ersparnisse sollen in erster Linie dann auf den Ausbau der Kanäle und Wege, sowie auf den nationalen Unterricht verwendet werden.

Der Grundgedanke, das zunächst alle möglichen Ersparnisse durchgeführt werden müßten, ehe zu einer ohnehin überaus hart in Anspruch genommenen Steuererleichterung der Bevölkerung geiffen wird, erscheint ebenfalls unanfechtbar.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm hat den König Albert zum 50-jährigen Jubiläum als Ritter des Ordens „Pour le mérite“ die Krone zum Orden durch eine Deputation, mit dem Prinz-Regenten von Braunschweig an der Spitze, überreichen lassen.

* Zu der vom Rhein. Kurier gemeldeten Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren am 6. August wird noch bemerkt, daß ein solches Zusammenreffen allerdings in Aussicht genommen ist, eine endgültige Entscheidung aber noch nicht vorliegt. In jedem Falle ist der angegebene Termin falsch. Geplant ist das Zusammenreffen für das letzte Drittel des August, und an diesem Termin dürfte auch festgehalten werden.

* Das fremdenbüreau Kaiser Wilhelms von der Einmündung des Dornmund-Gesetzes ist sich als allererst Notwendigkeiten Anlaß. Die einen schreiben, der Kaiser wolle nun doch zur Segelfregatte nach England, nach anderen Wollen der Monarch nach Ausland zur Bekleidung des Großfürsten Georg gehen. Beides ist offenbar nicht der wahre Grund. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Kaiser sich der Notwendigkeit ergeben will, in Sachen der Kanalvorlage Partei zu nehmen. Das wäre unvorteilhaft, wenn er der Einmündungsfeierlichkeit bedient.

* Das Verbleiben der Kaiserin Auguste Viktoria ist durchaus normal. Die Anlegung eines festen Verbandes hat bisher wegen einer harten Geschwulst nicht ausgeführt werden können, doch glaubt man daß dies bald wird nachgeholt werden können.

* Die deutsch-russischen Beziehungen erlahnen neuerlich eine sehr günstige Beleuchtung durch die Aufnahme, welche das deutsche Schiffsfahrts-Gesetz in der russischen Handelsflotte gefunden hat. Insbesondere hat der Verkehr zwischen dem Ostasien-Russland und dem Ostasien-Russland, in deren Preis er fundamental verweilt, einen sehr freundlichen Charakter getragen. Man erwidert in Petersburg diplomatischen Stellen in diesem Vorgang einen Beweis für die besten Beziehungen zwischen Petersburg und Berlin.

* Was „guter Ewiler“ weiß die Königin Viktoria zu berichten, es ist wohl sicher, daß fürst Herbert Bismard mehr Neidschmerz nach Staatssekretär des Meuzen, noch preussischer Minister werden würde. Der fürst könne nur für einen Postkapitän in Frage kommen, und da liegt, nur die Möglichkeit vor, daß fürst Bismard wieder in den aktiven Staatsdienst eintritt, was der Wunsch seiner Ehe-

mahl sein soll, wenn der Londoner Postkapitän-Posten vacant wird.

* In dem Disziplinarverfahren gegen den sozialdemokratischen Privatagenten Dr. Leo Trebitsch erfolgte seitens der philosophischen Fakultät des ersten Anlaufes die Freisprechung. Der Regierungsdirektor meldete sofort Zurückhaltung an.

Frankreich.

* Für ein deutsch-französisches Bündnis zur See tritt der Diplomat Baron Valery in einem Artikel des „Figaro“ ein. Er ist der Ansicht, Frankreich, das aus seiner Isolation zu Lande durch den Bund mit Ausland herausgerissen sei, müsse sich mit Deutschland außerhalb Europas auf dem Meere einen Bund schließen. Diese Wahrheit breche sich langsam in Frankreich Bahn.

* Es verlautet, der sozialistische Minister Millerand werde von seinem Posten zurücktreten, wenn sich der national-sozialistische Vertrag zwischen Frankreich und England nicht schon mit der Möglichkeit seines Durchtritts beschäftigt und den Krieg vollen Anlauf genommen hat. Die sozialistisch-radikale Gruppe dagegen.

* In den neuen Veröffentlichungen Gerschlags ist abermals die Rede davon, daß der Beweis der Schuld Dreihufs in gewissen Stellen zu liegen sei, die auf Angaben von Berliner Agenten beruhen und die anzuführen absolut unmöglich geblieben wäre. Man konnte aber zu diesen Mitteln nicht greifen, weil es Dinge gebe, deren Veröffentlichung als militärische Geheimnisse niemals haben würde. Diezu schreibt die Köln. Ztg. offiziell: „Uns ist es vollständig gleichgültig, ob man mit solchen Veröffentlichungen herumtrifft oder nicht. Wir möchten aber nur den Einbruch verhindern, als ob sie in irgend welchem Grade die Befürchtung einer deutschen Einmischung rechtfertigen könnten.“

* Der Kriegsminister Gallifet hat angeordnet, allen Offizieren streng zu verbieten, während der Dreihufsverhandlung nach Rennes zu reisen. Dem fremden Offizier soll sich zu jeder Zeit dort aufhalten dürfen, wenn er nicht dienlich in Rennes zu thun hat.

England.

* Die Schnelligkeit, mit der die Mobilisation der englischen Flotte anlässlich der Vorbereitungen zu den Manövern vor sich ging, findet allgemeine Anerkennung. Allerdings wird die Frage aufgeworfen, ob die Flotte auch eben schnell in Bereitschaft gestellt werden könnte, wenn es sich gerade Sommer wäre und ein kürzerer Zeitraum, der ausgedehnte Vorbereitungen nicht gestatten würde, zur Verfügung stände.

Dänemark.

* Der Arbeitgeberbund hat nach dem „Borvn“ die Auslieferung von weiteren 20 000 Arbeitern beschlossen, jedoch kann 60 000 Arbeiter ausgesetzt sein werden.

Spanien.

* In der wichtigsten Frage der Finanzen vorläufige forderte der Ministerpräsident Eizela alle Parteien zum Zusammenwirken auf, damit die Vorlage betreffend die Staatsschulden, die er als grundlegend ansehe, zur Annahme gelange. Die Führer fast aller Parteien zeigten sich über die zur Verfügung mit der Regierung aufgestellte Formel einig. Da die Regierung sich nunmehr mit dem Gesetz, das die öffentliche Schuld ordnet, begnügt hat, ist der Schluß der Cortes Mitte der Woche zu erwarten. Die Lösung des Finanzproblems und der Verwaltungsreform ist daher bis Oktober vertagt.

* In der Provinz kam es wieder zu Unruhen. So in Barcelona, wo die Stadt anlässlich der Ankunft des französischen Gesandten des Admiral Rouvier und seiner Offiziere ein Festessen gab. Nach demessen begleitete eine Volksmenge von etwa achthundert Personen den Admiral bis zum Hafen und durchzog alsdann die Straßen mit einer französischen Fahne, rief: „es lebe die Republik“ und sang die Marseillaise. Die Polizei gestrenge die Menge.

Italien.

* Die Weidigung des verstorbenen Großfürsten Georg findet voraussichtlich am 28. d. d. statt. Auf Wunsch des Zaren wird von der Entstehung auswärtiger Vertreter der fürstlichen Hofkapelle genommen. Wie es heißt, hat sich der Fregatencapitän Boismann, der der Person des Thronfolgers attached war, erschossen, weil er entgegen der ihm erteilten Weisung den Thronfolger allein gelassen habe,

dessen Tod zweifellos infolge eines Unfalls mit der Fahrtrabmalchine eingetreten sei.

Balkanstaaten.

* Aus Serbien wird gemeldet, im ganzen Lande herrsche eine sehr gedrückte Stimmung, weil die zahlreichen Verhaftungen infolge der jüngsten Ereignisse Menschlichkeit in alle Kreise tragen. Der Gefährlichkeit ist entgegen. Die öffentliche Meinung geht dahin, statt der Geheimjustiz durch die Unterordnung und den Verhandlungen des Standgerichtshofes sollte die Regierung alle mit dem Komplotz im Zusammenhang stehenden Verhandlungen selbst abwickeln, die Schuldigen streng bestrafen, Unschuldige entlassen und dem Lande die äußerlich notwendige Ruhe wiedergeben.

Amerika.

* Die Friedensbotschaften der letzten Tage erhalten eine eigenartige Beleuchtung durch eine Meldung aus Washington, daß Mac Kinley und seine militärischen Berater beschlossen haben, einen Teil des dritten Kavallerie-Regiments und ein freiwilliges Regiment Rough Riders nach Manila zu entsenden.

* Am Sonntag New York ist ein Gefangenentour in Vorbereitung, wonach die Vergehen von 5 Kindern unter 12 Jahren von einem Gerichtshof, der ausschließlich aus verheirateten Frauen besteht, abgeurteilt werden sollen. Der Grund: daß Mütter die einzigen maßgebenden Beurteiler kindlicher Fehlthaten sind, würde hier zum ersten Male rechtliche Beglaubigung erhalten.

Afrika.

* Cecil Rhodes scheint seine Meinung zu befestigen, seine großen Pläne durch kriegerische Entwicklungen führen zu lassen. Nach einer Meldung aus Kapstadt hat er in Deantworung einer Adresse erklärt, es bestehe nicht die geringste Gefahr, daß es zu einem Kriege mit Transvaal komme. Er warte nur einer Trennung des Nordens vom Süden; vielmehr sei die Zeit gekommen, auf eine Verschmelzung der Interessen hinzuwirken.

* Charlottenburg. Am Sonntag nachmittag fand hier auf der Fahrtrabmalchine das Gaudium eines aus Polen stehenden Vereins statt. Während eines kurzen Gemitters fuhr der Wag in die verlamelte Menge, tötete drei Personen und verletzte außerdem noch gegen vierzig, darunter viele Kinder.

Deutsche Unternehmungen im Auslande.

Die in Deutschland anlässlich Konvult fremder Staaten halten nächst ihren eigentlichen Amtsfunktionen natürlich auch ein nachweisbares Auge auf allgemeine Dinge in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und setzen ihnen ihren befangenen zur Seite, die sie, wenn man kann, welche Beobachtungen sie in ihren zeitweiligen Berichten an die Regierungen zu Hause übermitteln. Der Konful der Ven. Staaten Herr Monaghan in Chemnitz, der in weitestgehender Repräsentanz seines Landes, hat neuerlich einmal die nachstehenden Interessen Deutschlands in fremden Ländern zum Anlaß genommen, um seine Ansichten auf diese hin zu vernehmen. Beim Staats-Department in Washington ist hierüber folgender Bericht eingelaufen:

Bisher haben nur wenige eine genaue Vorstellung von Deutschlands Interessen im Auslande gehabt. Deutschlands Nationalökonomien übersehen nicht mit der Behauptung, daß Anheerung und Kapital des Reiches in jedem Teile der Welt gleichmäßig verteilt sind. Nicht nur Hamburg, Bremen, Leipzig, Lübeck und Kiel, d. h. die Ostküste, sondern auch Städte im Inlande haben Willkuren in ausländischen Unternehmungen angelegt. In Amerika, Mexiko und Süd- und Westindien, in Asien, in einem großen Teile von Afrika sind deutsche Niederlassungen, deutsche Fabriken, deutsche Kaufleute und deutsche Industriestellen an der Arbeit.

Auch ist dieser Einfluß nicht immer in Niederlassungen am stärksten, die unter der Kontrolle des Reiches stehen. In Sengambien, an der Goldküste, an der Elfenküste, in Sanibar und Mosambik, in Australien, Samoa, dem Marshall-, Fidschi-, Tahiti-, Sumatra und Süd- und Mittelamerika gibt es mächtige Handels-Organisationen, die dem Reich die besten Dienste leisten. Von Malakoff bis nach Singapur, auf dem asiatischen Festlande und auf vielen der produktivsten Inseln der Welt ist der Einfluß deutscher Geldes und Gewerbetreibender sichtbar.

Nebrauer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirthschaftliche Beilage.

Ersteinst
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1.05 M., halbjährlich 2.00 M., jährlich 3.50 M., wenn der Post oder andere Arten 1.20 M., durch die Briefträger frei ins Haus 1.45 M.

Insertionspreis
für die 1spaltige Kopps-Zeile oder deren Raum 10 M. Reklamen pro Zeile 15 M.
Anzeigen
werden bis Dienstag und Freitag 10 M. angenommen.

Gratisbeilagen:

Amthliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Neudra a. N.

Ar. 59.

Neudra, Mittwoch, 26. Juli 1899.

12. Jahrgang.

Zur Lage in Spanien.

Die drohende Ministerkrise in Madrid scheint ja vorläufig noch einmal vorüberzugehen und der Zweipartei zwischen Regierung und Opposition wegen der Pläne des Finanzministers Billigkeit wird auf einige Monate versagt werden. Kommt Zeit — kommt Mann! Das ist der beste Ausweg: die Königin ist nach San Sebastian gegangen, die Minister gehen auf die Cortesmedien in ihre Sommerresidenz. Dann hat Spanien eine Zeitlang Ruhe und vielleicht kommt doch einem oder dem andern der Staatsmänner oder der Abgeordneten ein erleuchteter Gedanke, wie wenigstens den Streitigkeiten in der Kammer ein Ende zu setzen sei, die sich auf das Land ausdehnen und nur Uneinigkeit in die ohnehin arg aufgereizte Bevölkerung bringen.

Überdies ist mit der Ruhe allein dem durchgreifenden Reformen bedürftigen Lande nicht geholfen, auch nicht mit der Regelung des Staatsschuldenwesens. Die Finanz- und Steuerpläne, die damit zusammenhängenden unvermeidlichen Steuererhöhungen sind der armen Bevölkerung ein Grauel, denn es läßt sich nicht leugnen, daß die finanzielle Lage Spaniens eine so bedenkliche Gestaltung angenommen hat, daß ein Zusammenbruch nur durch die größte Sparsamkeit, verbunden mit einer den dringenden Bedürfnissen angepaßten Verwaltung der Staatsausgaben verhindert werden kann. Es ist ja Geld ins Land gekommen: die 16 Millionen Mark für die Karolinen und Marianen, 20 Millionen Dollar für die Philippinen von Amerika. Aber dieses Geld reichte kaum hin, den Staat für die zurückgebliebenen Soldaten zu zahlen, den man jahrelang fähig blieb. Spanien will die Großmachstellung weiter behaupten und es sind für Heer und Marine abermals hohe Summen in den Etat eingestellt, anstatt jetzt an eine Herabminderung der Heereskosten zu denken.

Es ist begreiflich, daß einer stolzen Nation mit großer Vergangenheit ein solcher Einschluß außerordentlich schwer fallen muß; es ist aber auch nicht zu leugnen, daß die Ausgaben für Heer und Marine, wenn sie ein Volk erdrücken, ihm auch nicht mehr dienliche Kraft geben, um bereitzustellen sie doch nur angewandt werden. Die Armeen und die Marine sind nur Ausdrücke der Volkskraft, und wenn diese erliegt, so wird auch die künstlich erhaltene Armee kaum mehr von großem Vorteil sein, wie das ja Spanien auch in seinem letzten unheilvollen Kriege erleben mußte. Weder Heer noch Flotte konnten, obgleich beide in erheblicher Stärke vorhanden waren, den Zusammenbruch aufhalten, und so kann man es schon verstehen, wenn heute eine Richtung den Satz vertritt, Spanien müsse erst im Innern wiedergeboren werden, ehe es an eine kräftige militärische Beschäftigung denken könne.

Spanien ist heute wie vor vielen hundert Jahren ein von der Natur im höchsten Grade begünstigtes Land, das eine Menge von Schätzen birgt, die nur noch nicht gehoben sind. Der Reichtum an Metallen, heute schon eine große Quelle von Einnahmen, ist noch viel zu wenig nutzbar gemacht, ja zum großen Teil nicht einmal ausgedeutet und angegriffen, teils weil die Mittel dazu fehlten, teils weil man für thätigkeits wirtschaftliche Maßnahmen keinen rechten Sinn hatte und dem ausländischen Kapital Misstrauen entgegenbrachte. Wenn hier eingeleitet werden könnte, so wäre das das beste Mittel, um eine nationale Wiedergeburt Spaniens einzuleiten, und das einfachste Mittel dazu wäre ausfindig zu machen, die auf Heer und Flotte verwandten, augenblicklich unproduktiven Ausgaben der Beschäftigung des Landes zugunwenden.

Es ist ein langes Register, das die Liga der produzierenden Klassen Spaniens, die sich den Handelskammern in ihrem Kampf gegen die Pläne der Regierung angeschlossen hat, veröffentlicht. Sie umfaßt 120 wirtschaftliche Vereinigungen und macht folgende Vorschläge: Herabsetzung der Zölle in demselben Verhältnis wie der übrigen Staatsgehälter; Einschränkung der Staatsbeder Kammern um die Hälfte; Rückgewährung neuer staatlicher Pensionen, dagegen Wiedereinstellung der alten Witwen-

und Waisenrenten: strengste Revision der bis jetzt gewährten Pensionen unter Herabsetzung ihrer Maximalgrenze auf 3000 Pesetas jährlich; Abschaffung aller Vorkosten im Auslande und deren Ersetzung durch diplomatische Vertretungen mittleren Ranges; Abschaffung des Justizministeriums und Uebertragung der Justizverwaltung an das Obertribunal; Verminderung der Ausgaben für Kultus und Schulen auf 25 Mill.; Vereinigung des Marine- und Kriegsministeriums; Herabsetzung der Marine auf das unbedingt nötige Maß, um die Verbindungen mit den ostindischen Besitzungen aufrecht zu erhalten; Verminderung der Seerespähnsstärke auf 50,000 Mann und des Offizierskorps auf 8000; Uebernahme der überzähligen Offiziere in Zivilämter; Abschaffung aller Kriegsschulen bis auf eine; Zusammenlegung aller geistlichen Ministerien um zwei Drittel und aller weltlichen Gehälter, die mehr als 7500 Pesetas betragen. Was die Einnahmen anbelangt, so verlangt die Liga zum mindesten eine Erhöhung der Konsumsteuer, eine Vermehrung der bei Verkehr kommenden Transportsteuer und Beschränkung der geplanten Einkommensteuer einzuweisen auf die Rentensteuer. Die auf diese Weise erlangten Ersparnisse sollen in erster Linie dann auf den Ausbau der Kanäle und Wege, sowie auf den nationalen Unterricht verwendet werden.

Der Grundgedanke, daß zunächst alle möglichen Ersparnisse durchgeföhrt werden müßten, ehe zu einer ohnehin überaus stark in Anspruch genommenen Steuerleistung der Bevölkerung gegriffen wird, erscheint jedenfalls unangenehm.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm hat den König Albert zum 50-jährigen Jubiläum als Ritter des Ordens „Pour le mérite“ die Krone zum Orden durch eine Deputation, mit dem Prinz-Regenten von Braunschweig an der Spitze, überreichen lassen.

* Zu der vom „Ain. Kurier“ gemeldeten Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren am 6. August wird noch bemerkt, daß ein solches Zusammenreffen allerdings in Aussicht genommen ist, eine endgültige Entscheidung aber noch nicht vorliegt. In jedem Falle ist der angegebene Termin falsch. Geplant ist das Zusammenreffen für das letzte Drittel des August, und an diesem Termin dürfte auch festgehalten werden.

* Das fernliebende Kaiser Wilhelms von der Einmischung des Dorinands Emstianals gibt zu allererst Kombinationen Anlaß. Die einen schreiben, der Kaiser habe nach dem Segelzug nach Genua sich der Monarch nach der Großfürstin Georga nicht der möglichen Größtmöglichkeit spricht der Reueingebung der Kaiserinwitwe wäre unvernünftig, feierlichst demobut.

* Das Befinden Viktoria ist durch die Verlegung eines festen einer harten Geschwür können, doch glaubt nachgeholt werden zu können.

* Die deutschen Nachrichten erlahen die Beleuchtung durch deutsche Schriftsteller. Dausbach gebunden. Berke zwischen der Alexis und den der neuen Preis er fund freundlich Charakter in Petersburger die Vorgang einen Beziehungen zwischen.

* Das „guter Volksgesund zu Bercht fürst Herbert konfänger noch Staatspreussischer Minister könne nur für eine kommen, und da ist daß fürst Wisman Staatsdienst eintritt

maßlich sein soll, wenn der Londoner Vorkaufesposten datant wird.“

* In dem Disziplinerverfahren gegen den sozialdemokratischen Privatagenten Dr. Leo Fröns erfolgte teils der philosophischen Fakultät als erster Anfang die Freilassung. Der Regierungsvertreter meldete sofort Zurückung an.

Frankreich.

* Für ein deutsch-französisches Bündnis zur See tritt der Diplomat Baron Vallery in einem Artikel des „Figaro“ ein. Er ist der Ansicht, Frankreich, das aus seiner Isolierung zu Lande durch den Bund mit England herausgerissen sei, müsse jetzt mit Deutschland außerhalb Europas auf dem Meere einen Bund schließen. Die Wahrheit breche sich langsam in Frankreich Bahn.

* Es verlautet, der sozialistische Minister Millerand werde von seinem Votum zurücktreten, wenn sich der national-sozialistische Kongress in gewissen Ständen zu lösen sei, die auf ihn gegeben von der Reichsliste seines Mandats befristet und den Krieg Millerands durch ein Mitglied der sozialistisch-radikalen Gruppe vorgesehen.

* In den neuen Veröffentlichungen des Generalstabes ist abermals die Rede davon, daß der Beweis der Schuld Preussens in gewissen Ständen zu liegen sei, die auf ihn gegeben von der Reichsliste seines Mandats befristet und den Krieg Millerands durch ein Mitglied der sozialistisch-radikalen Gruppe vorgesehen. Die neue Veröffentlichung des Generalstabes ist abermals die Rede davon, daß der Beweis der Schuld Preussens in gewissen Ständen zu liegen sei, die auf ihn gegeben von der Reichsliste seines Mandats befristet und den Krieg Millerands durch ein Mitglied der sozialistisch-radikalen Gruppe vorgesehen.

* Der Kriegsminister Gallifet hat angeordnet, allen Offizieren streng zu verbieten, während der Friedensverhandlung nach Venedig zu reisen. Dem fremden Minister soll sich zu einer Zeit dort aufhalten dürfen, wenn er nicht dienlich in Venedig zu thun hat.

England.

* Die Schnelligkeit, mit der die Mobilisation der englischen Flotte anlässlich der Vorbereitungen zu den Manövern vor sich ging, findet allgemeine Anerkennung. Allerdings wird die Frage aufgeworfen, ob die Flotte auch schnell in Bereitschaft gesetzt werden könnte, wenn es nicht gerade Sommer wäre und ein kürzerer Zeitraum, der ausgedehnte Vorbereitungen nicht gestatten würde, zur Verfügung stände.

Dänemark.

* Der Arbeitgeberbund hat nach dem „Borvn“ die Ausarbeitung von weiteren 20 000 Arbeitern beschlossen, todschlag 60 000 Arbeiter

dessen Tod zweifellos infolge eines Unfalls mit der Fahrtrahmalchine eingetreten sei.

Balkanstaaten.

Aus Serbien wird gemeldet, im ganzen Lande herrsche eine sehr gedrückte Stimmung, weil die zahlreichen Verhaftungen infolge der jüngsten Ereignisse Mangelhaftigkeit in alle Kreise tragen. Der Geschäftsgang ist erloschen. Die öffentliche Meinung geht dahin, statt der Geheimissherei bei der Unterdrückung und den Verhandlungen des Standgerichtshofes sollte die Regierung alle mit dem Komplotz im Zusammenhang stehenden Verhandlungen rasch abschließen, die Schuldigen streng bestrafen, Unschuldige entlassen und dem Lande die äußerlich notwendige Ruhe wiedergeben.

Amerika.

* Die Friedensbotschaften der letzten Tage erhalten eine eigenartige Beleuchtung durch eine Meldung aus Washington, daß Mac Kinley eine militärischen Berater beschlossen haben, einen Teil des dritten Kavallerie-Regiments und ein freiwilliges Regiment Rough Riders nach Manila zu entsenden.

* Am Staate New York ist ein Gefangenentwurf in Vorbereitung, wonach die Vergehen von 50 Kindern unter 18 Jahren von einem Gerichtshof, der ausschließlich aus verheirateten Frauen besteht, abgeurteilt werden sollen. Der Grundgedanke, daß Mütter die einzigen maßgebenden Beurteiler kindlicher Fehlthaten sind, würde hier zum ersten Male rechtliche Beglaubigung erhalten.

Afrika.

* Cecil Rhodes scheint seine Neigung zu befestigen, seine großen Pläne durch kriegerische Entwicklungen führen zu lassen. Nach einer Meldung aus Kapstadt hat er in Deantworung einer Adresse erklärt, es bestehe nicht die geringste Gefahr, daß es zu einem Kriege mit Frankreich kommen würde. Er warte nur einer Trennung des Nordens vom Süden; vielmehr sei die Zeit gekommen, auf eine Verschmelzung der Interessen hinzuwirken.

Charlottenburg. Am Sonntag nachmittag fand hier auf der Fahrtrahmalchine das Gaudium eines aus Polen stehenden Vereins statt. Während eines kurzen Semesters fuhr der Witz in die verarmte Menge, tödete drei Personen und verletzte außerdem noch gegen vierzig, darunter viele Kinder.

Deutsche Unternehmungen im Auslande.

Die in Deutschland anlässigen Konvult fremder Staaten halten nicht ihren eigentlichen Amtsfunktionen nach, sind auch ein nachweisbares Anzeichen für die in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und setzen ihnen Unbehagen zu. Die Lage sieht, ist kaum nennenswert, wobei Beobachtungen in ihren zeitlichen Verläufen an den Regierungen zu Hause übermitteln. Der Konvult der Ver. Staaten der Monarchan in Chemnitz, einer der weitestgehenden Repräsentanten seines Landes, hat neuerdings einmal die nachdenklichen Interessen Deutschlands in fremden Ländern zum Anlaß genommen, um seine Handelsleute auf diese hinzuweisen. Beim Staats-Department in Washington ist hierüber folgender Bericht eingelaufen:

Bisher haben nur wenige eine genaue Vorstellung von Deutschlands Interessen im Auslande gehabt. Deutschlands Nationalökonomie überstreben nicht mit der Behauptung, daß Angehörige und Kapital des Reiches in jedem Teile der Welt geschäftlich tätig sind. Nicht nur Hamburg, Bremen, Stuttgart, Lübeck und Kiel, d. h. die Ostseehäfen, sondern auch Städte im Innlande haben Willkuren in ausländischen Unternehmungen angelegt. In Amerika, Arab und Süd, in Australien, in Asien, in einem großen Teile von Afrika sind deutsche Niederlassungen, deutsche Fabriken, deutsche Kaufleute und deutsche Industrieleuten an der Arbeit.

Auch ist dieser Einfluß nicht immer in Niederlassungen am stärksten, die unter der Kontrolle des Reiches stehen. In Sengaporem, an der Goldküste, an der Elfenbeinküste, in Sanibar und Melambir, in Australien, Samoa, den Marshall-Inseln, Tahiti, Sumatra und Süd- und Mittel-Amerika gibt es mächtige Handels-Organisationen, die dem Reich die besten Dienste leisten. Von Malakoff bis nach Sengaporem, auf dem afrikanischen Festlande und auf vielen der produktivsten Inseln der Welt ist der Einfluß deutscher Geldes und Gewerbetreibenden sichtbar.



der Finanzministerpräsidenten wirken auf die Staatsgehälter, zu Ausnahme Parteien zeigen mit der Regierung. Da die Regierung, das die nötigen wird, ist der Woche zu anspruchlos und es ist daher bis wieder zu Un-, wo die Stadt vergrößert werden. Nach demselben von etwa acht bis zum Hofen trafen mit einer ebe die Republik“ Die Volkzeit ger-

des verfahrenen bei voraussichtlich des Zaren wird ger Vertreter der die es heißt, hat bis man, der abschickt war, er ihm ertelien ein gelassen habe,